



Fir eng sozialgerecht Energietransitioun

Die Energietransition kann nur gelingen, wenn sie sozialgerecht erfolgt. Sprich: Wenn einerseits Menschen mit weniger finanziellen Mitteln von steigenden Energiepreisen entlastet werden und wenn sie parallel unterstützt werden, damit sie die Energietransition auch aktiv begleiten können (sprich wenn sie ebenfalls Zugang zu erneuerbaren Energie usw. haben).

Derzeit erfolgt leider noch zu wenig in diesem Bereich. Deshalb setzen sich der Mouvement Ecologique, die Arbeitnehmerkammer, der OGBL sowie der LCGB auch gemeinsam für Verbesserungen ein.

Klimasozialplan



OGB·L



CHAMBRE DES SALAIRES
LUXEMBOURG

„PLAN CLIMAT SOCIAL“ DÉI SOZIAL-ÖKOLOGESCH TRANSFORMATION MUSS ZUR POLITESCHER PRIORITÉIT ERHUEWE GINN! GEMEINSAM POSITIOUN VUM MOUVEMENT ECOLOGIQUE AN DER CHAMBRE DES SALARIÉS

Menschen mit weniger Finanzen leiden am meisten unter der Biodiversitäts- und Klimakrise, tragen aber nachweislich am wenigsten dazu bei.

Die EU schreibt es den Mitgliedsstaaten deshalb vor, einen Klimaschutzplan zu erstellen, der Haushalte mit geringem Einkommen und vulnerable Betriebe vor den Folgen der Erhöhung der Preise auf Kraftstoffe und Heizung schützen und ihnen eine aktive Teilnahme an der Energiewende ermöglichen soll. Einkommensschwache Haushalte sind besonders betroffen, da Energiekosten einen überproportional hohen Anteil ihres Budgets ausmachen (auch wenn sie im Schnitt weniger verbrauchen als Besserverdienende) und ihnen die Mittel fehlen, um in Energieeinsparungen zu investieren.

Auch in Luxemburg ist ein derartiges Instrument von besonderer Bedeutung, denn die derzeit gültigen schließen Menschen mit geringerem Einkommen tendenziell aus.

Leider arbeitete die Regierung jedoch nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht mit der gebotenen Schlagkraft an diesem so wichtigen Plan. Deshalb wurde eine gemeinsame Stellungnahme mit der Arbeitnehmerkammer, dem OGBL sowie dem LCGB veröffentlicht. Dies mit Erfolg: Der Klimaschutzplan wurde endlich zu einem politischen Thema. Das Ziel: In Luxemburg muss weitaus mehr und schneller etwas unternommen werden, um die Menschen mit weniger finanziellen Mitteln in der Transition mitzunehmen.

Die gemeinsamen Aktionen hatten einen gewissen Erfolg, es fanden diverse Unterredungen statt (u.a. auch Sitzungen mit Wirtschaftsminister Lex Delles sowie Umweltminister Serge Wilmes), eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, der erste Planentwurf wurde überarbeitet u.a.m. Der daraufhin vorgestellte neue Entwurf des Planes wies jedoch erneut eine Reihe von Mängeln auf, sodass das Bündnis aus Mouvement Ecologique und Gewerkschaften sowie Arbeitnehmerkammer erneut aktiv wurde und Nachbesserungen einlegte. 2026 wird nun der definitive Plan vorgelegt, man darf gespannt sein.



LEASING SOCIAL: E WICHTIGE PROJET FIR D'TRANSITION AM VERKÉIER SOZIALGE-RECHT VIRUNZEBRÉNGEN

Im Auftrag des Umweltministeriums führten *Luxmobility* und die Beraterfirma *Fier* eine Studie zur Machbarkeit eines sozialen Elektroauto-Leasings in Luxemburg durch. Ziel ist es, Haushalten mit geringen finanziellen Ressourcen den Ausstieg aus fossilen Fahrzeugen zu ermöglichen und ihnen Zugang zu günstigeren Elektroautos zu verschaffen. Das Leasing soll besonders günstige Konditionen für Fahrzeug, Wartung und Versicherung bieten.

Der Mouvement Ecologique tritt seit Jahren für dieses soziale Instrument ein und begrüßte diese Initiative ausdrücklich.

In Workshops wurden Vertreter:innen aus der Leasing-, Automobil-, Sozial- und Umweltbranche einbezogen, darunter auch der Mouvement Ecologique. Dieser setzte sich erfolgreich dafür ein, dass der Zugang zum Leasing möglichst niedrigschwellig gestaltet wird – unabhängig von Arbeitsweg oder ÖPNV-Anbindung. Die Studie liefert klare Empfehlungen, die nun von den zuständigen Ministerien umgesetzt werden sollen.

Zur weiteren Kostensenkung empfiehlt die Studie die Integration des Klimabonus „Mobilität“. Das System soll auf Haushalte beschränkt sein, die bereits REVIS oder die „Allocation de Vie Chère“ beziehen. Ergänzend sind ein Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sowie eine breite Fahrzeugauswahl vorgesehen.

Das Umweltministerium hat angekündigt, dass ein soziales Leasing-System 2026 auf den Instanzenweg gebracht werden soll.

D'STROUMPRÄISSER FIR WÄRMEPOMPELEN AN E-AUTOE MUSSE MÉI GËNSCHTEG WÉI FOSSIL ENERGIË BLEIWEN – FINANZIELL MÉI SCHWAACH STIED MUSSE MÉI STAARK ËNNERSTËTZT GINN !

2024 sorgte die Neugestaltung der Strompreise, die Erhöhung der Kosten an den Ladesäulen u.a.m. für recht lebhaft Diskussionen.

Dabei war so mancher besorgt, dass diese Entwicklungen nicht ausreichend im Sinne der Energietransition seien, da der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht ausreichend gefördert werden würde. So wuchs bei vielen Bürger:innen die Verunsicherung, ob sich der Umstieg noch lohnen würde.

Stellte sich die Frage: Was muss getan werden, um die Energiewende so zu gestalten, dass sie sozialgerecht ist und auch die Menschen, die heute in die Transition investieren, fördert. Welche Entscheidungen gilt es zu treffen, damit erneuerbare Energien dauerhaft attraktiv bleiben (sprich auch die Wärmepumpe, E-Mobilität).

Dafür braucht es klare politische Rahmenbedingungen, die transparent, voraussehbar und sozial gerecht ausgestaltet sind. Der Mouvement Ecologique plädierte im Rahmen der Diskussionen u.a. für folgende Maßnahmen:

- Strom aus erneuerbaren Energien muss günstiger als fossile Energien sein und bleiben;
- Die Strompreisgestaltung soll durch eine stärkere öffentliche Beteiligung an den Netzkosten vom Staat mitgestaltet werden;
- Eine graduelle Erhöhung der CO₂-Steuer bis 2030 soll jetzt entschieden und festgelegt werden;
- Die ökologische Transition muss sozialgerecht erfolgen;
- Staat und Gemeinden sind in der Pflicht: u.a. durch kollektive Lösungen für eine gerechte Energiewende.

Der Staat ist gehalten, eine Mittel- und Langfriststrategie auf den Tisch zu legen, unter der Berücksichtigung sozialer Kriterien und mit einem Blick auf die evtl. Folgen auch für einzelne Betriebe oder Betriebsarten.

